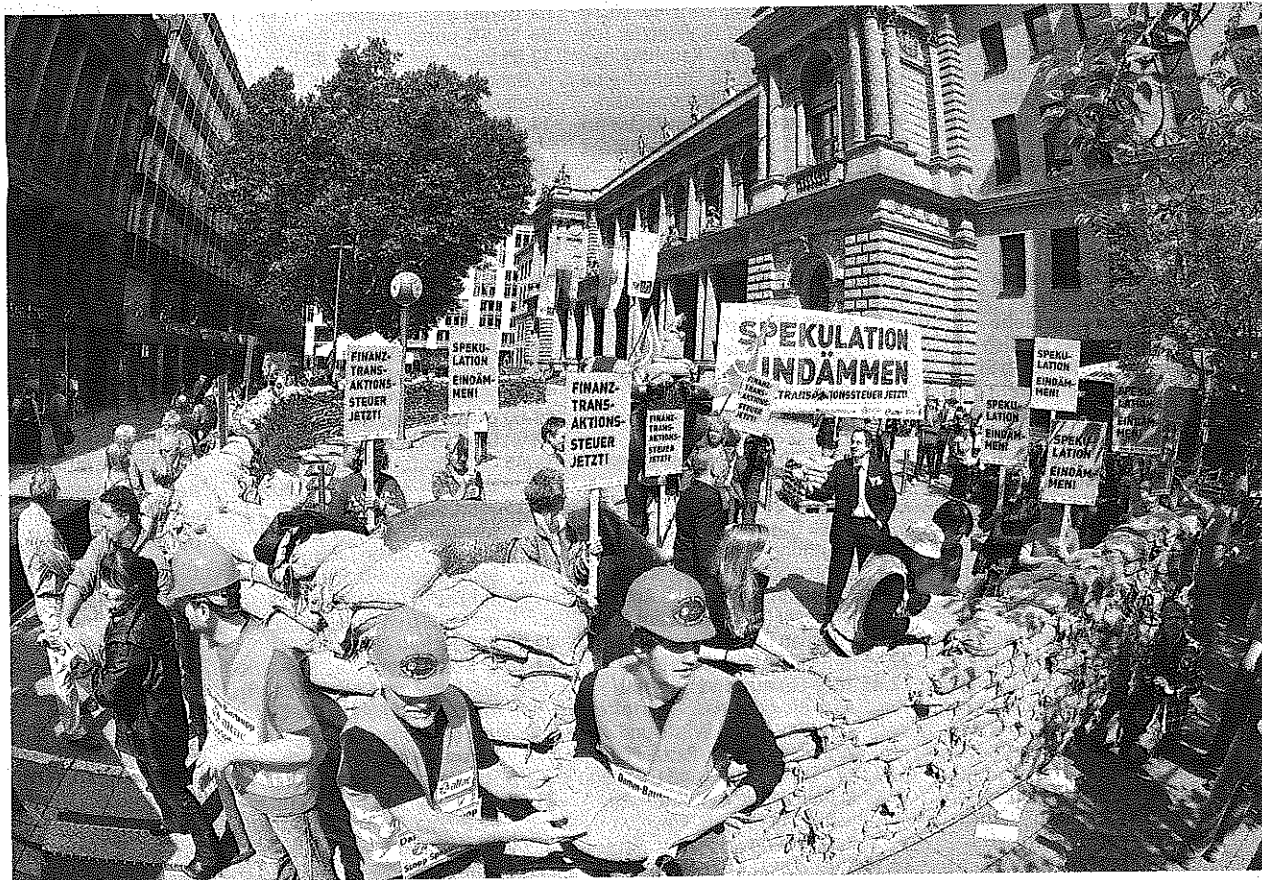


# Eine Steuer gegen die Armut

Kampagne des Nürnberger Jesuitenpaters Jörg Alt findet viel Unterstützung



Mit Sandsäcken protestieren Demonstranten vor der Frankfurter Börse gegen die ausufernde Spekulation. Als ein wirksames Mittel für dieses Ziel zählt die Finanztransaktionssteuer.  
Foto: dapd

Im Herbst 2009 hat der Nürnberger Jesuitenpater Jörg Alt die Kampagne „Steuer gegen Armut“ aus der Taufe gehoben. Pünktlich zum dritten Geburtstag freuen sich die Initiatoren, dass ihre Forderung mit der geplanten Einführung der Finanztransaktionssteuer eine Chance erhält.

**NÜRNBERG** – Der Anfang war schwer: Ob er neuerdings unter der Knute der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht stehe – diese und ähnliche Sprüche musste sich Hermann Imhof vor drei Jahren von seinen Parteikollegen anhören. Damals war der CSU-Landtagsabgeordnete einer der Ersten, die die Kampagne „Steuer gegen Armut“ des Jesuitenpaters Jörg Alt unterzeichneten – vor lauter Entsetzen darüber, dass Spekulanten aus purer Raffgier die Krise verursacht und damit Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz gebracht haben, wie der Sozialpolitiker erzählt.

Heute kann sich die geforderte Steuer auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung stützen – quer durch Kirchen, Parteien und Organisationen. Im Verbund mit Frankreich hat Deutschland jüngst sogar durchgesetzt, dass elf Euro-Staaten im Zuge der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit die Finanztransaktionssteuer einführen. Dabei soll der Handel mit Wertpapieren besteuert werden – in überschaubaren Höhen von 0,1 Prozent des jeweiligen Geschäftsvolumens bei Aktien und nur 0,01 Prozent bei Derivaten. Die dabei generierten Mittel sollen nun – so das Ziel der

Kampagne – dafür verwendet werden, Armut zu bekämpfen sowie Umwelt und Klima zu schützen.

95 Organisationen unterstützen heute die „Steuer gegen Armut“-Initiatoren – dreimal so viele wie zu Beginn, freut sich Jörg Alt. Auch Franz-Josef Pschierer, CSU-Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium, ist zur Jubiläumsveranstaltung der Kampagne im Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Haus angereist.

## Seltene Allianz

Die Botschaft Pschierers ist klar: Eine zweite Finanzkrise in dem zuletzt erlebten Ausmaß würde den Staat überfordern. Der Kapitalmarkt muss Verantwortung für sein Agieren übernehmen. Die gefährliche Abkoppelung von der realen Wirtschaft – also der Handel mit rein virtuellen Finanztransaktionen – muss eingedämmt werden. Und hier kann die Steuer helfen, meint Pschierer.

Dabei ist sich der Staatssekretär in einer seltenen Allianz sogar mit Axel Troost einig. Der finanzpolitische Sprecher der Linken will mit der Steuer die reine Spekulation eindämmen und den umstrittenen Hochfrequenzhandel an der Börse begrenzen.

Dieser ungewöhnlich breite Konsens in der Gesellschaft muss ausgenutzt werden, meint Peter Wahl, Mitglied im Steuerungsrat der Kampagne. Seiner Überzeugung nach müssten zwar die sogenannten Schattenbanken, die kaum einer staatlichen Kontrolle unterliegen, komplett abge-

schaftt werden. Dies wäre im Kampf gegen Finanzkrisen noch effektiver.

Doch schon die Finanztransaktionssteuer sei ein Mittel, um die seiner Meinung nach übergroße Macht der Banken zu schwächen – und zwar eines, für das die Bedingungen derzeit günstig sind: Dass die Finanztransaktionssteuer nun tatsächlich in elf Euro-Staaten kommen soll, zeige vor allem dies: Selbst gegen den erbitterten Widerstand der Finanzlobby ist eine solche Steuer durchsetzbar, so Wahl.

Auch Großbritannien mit seinem wichtigen Finanzplatz London, das sich bislang gegen die Transaktionssteuer sträubt, scheint aus Sicht der Steueranhänger nicht verloren. In der britischen Öffentlichkeit sei die Abgabe nämlich sehr populär, berichtet Max Lawson von Oxfam – ganz im Gegensatz zur aktuellen Regierung. Und seiner Einschätzung nach stehen die Chancen gut, dass eine Labour-Regierung die Steuer einführen würde.

Die Kampagne will sich unterdessen „nicht auf den bislang erworbenen Lorbeeren ausruhen“, wie ihr frisch gekürter Koordinator Detlef von Larcher betont. Vielmehr gelte es nun, den Staaten bei der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer auf die Finger zu sehen – und eine breite Bemessungsgrundlage zu schaffen. Ausnahmen soll es jedenfalls keine geben, auch nicht bei der Altersvorsorge. Denn die von der Steuer betroffenen hochspekulativen Finanzprodukte eignen sich ohnehin nicht für eine solide Vorsorge, so von Larcher.

MARKUS HACK